

«Leider verpasste es die Schweiz einmal mehr, ihre Kohäsionszahlung von 1,3 Milliarden Franken an Bedingungen zu knüpfen» schreibt der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter.

Bild Ke

Gelebte Partnerschaft?

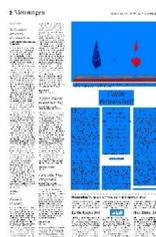
Dass eine Partnerschaft auf Gegenseitigkeit beruht, sollte eigentlich mehr als normal sein.

Auf die Schweiz bezogen, ist aber zu hoffen, dass unsere Partner in Europa unsere Leistungen

künftig stärker anerkennen werden.

VON THOMAS HURTER

Die Session vor Weihnachten ist immer sehr reich befrachtet. Dazu kommen verschiedene Feierlichkeiten. So wurden in dieser Session ein neuer Nationalratspräsident und eine neue Ständeratspräsidentin gewählt. Am letzten Mittwoch dann folgte die Wahl des neuen Bundespräsidenten, Bundesrat Alain Berset, sowie des Vizepräsidenten Bundesrat Ueli Maurer. Diese Persönlichkeiten werden während eines Jahres unser Land im In- und Ausland vertreten. Dabei wird sich mehr als



einmal die Gelegenheit bieten, sich mit unseren Partnern und Nachbarstaaten auszutauschen.

Ein Thema, das auch vergangene Woche die Gemüter sehr erhitze, war der Beschluss des Bundesrates, eine weitere Kohäsionsmilliarde an die EU zu bezahlen. Da die Schweiz ein Interesse daran hat, dass sich alle Regionen Europas wirtschaftlich entwickeln können, leistet unser Land diesen partnerschaftlichen Beitrag. Die Bezahlung ist zwar immer wieder politisch umstritten, doch wird sie regelmässig von der Schweiz geleistet.

Ab und zu wird uns Schweizern vorgeworfen, dass wir in Europa einen Sonderzug fahren. Trotzdem wäre es an der Zeit, auch anzuerkennen, dass die Schweiz sich mehr als partnerschaftlich verhält. Wie war es doch vor ein paar Wochen, als der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bei seinem Besuch in der Schweiz verkündete, dass er die Gleichwertigkeitsanerkennung der Börsenregulierung und damit den gleichen Marktzutritt für Schweizer Banken in Europa zusichere? Doch bis heute ist dies noch ausstehend. Die Bankiervereinigung zum Beispiel verlangte in diesem Zusammenhang, dass man die Gewährung des Kohäsionsbeitrages an eine gleichwertige Anerkennung der Gesetze knüpfen sollte.

Leider verpasste es die Schweiz einmal mehr, ihre Kohäsionszahlung von 1,3 Milliarden Franken an Bedingungen zu knüpfen. Eigentlich ist es doch mehr als normal, dass eine Partnerschaft auf Gegenseitigkeit beruht. Da ist der kurz darauf gefällte Entscheid der EU-Finanzminister, die Schweiz auf eine graue Liste von 17 Steueroasen zu setzen, wie eine Ohrfeige zu sehen. Dieser Entscheid kam übrigens auch für unseren Bundesrat überraschend. Zumal sich unser Land gegenüber der EU verpflichtet hat, die nicht den internationalen Standard entsprechenden Steuerregi-

mes in Zukunft abzuschaffen, und offenbar Brüssel zuvor andere Signale ausgesendet hatte.

Man darf nicht verwundert sein, wenn in unserer Bevölkerung der Unmut wächst. So gäbe es doch auch noch andere Beispiele, wo die Schweiz sich sogar vorbildlich verhalten hat und verhalten wird. Neben den fehlenden respektive verzögerten und versprochenen Neat-Anschlüssen schlummert doch seit einigen Jahren der von der Schweiz beschlossene und im Parlament verabschiedete Staatsvertrag betreffend den Flughafen Zürich in den deutschen Schubladen. Mit dieser Aktion verhindert unser Nachbarland, verlässliche Rahmenbedingungen in Kraft zu setzen, die für ein Betriebskonzept unabdingbar sind.

Es ist zu hoffen, dass unsere Partner in Europa unsere Leistungen und Bemühungen verstärkt anerkennen. Andererseits dürfte unser Bundesrat in Zukunft gut beraten sein, die Gegenseitigkeit vehementer einzufordern.

Thomas Hurter ist SVP-Nationalrat des Kantons Schaffhausen.